

3.65 Freier, gerechter, flexibler: Hochschulreform muss weiter gehen!

Beschluss des BDKJ-Hauptausschusses vom 16./17. Juli 2011

Als Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) fühlen wir uns verpflichtet, permanent an der Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Wir artikulieren immer wieder auf unterschiedliche Weise unsere Anregungen, um eine bessere Lage für Schülerinnen und Schüler, Studierende und die Gesellschaft zu erreichen.

In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen des deutschen Hochschulsystems – v. a. der Umsetzung des Bologna-Prozesses, der Erhebung allgemeiner Studiengebühren, des verschärften Wettbewerbs zwischen den Hochschulen – sehen wir als BDKJ die Prinzipien der Verwertbarkeit und des wirtschaftlichen Nutzens vor den Grundsatz einer umfassenden, auf die Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen gerichteten Bildung gestellt. Deshalb formulieren wir in diesem Positionspapier unsere Forderungen an die Verantwortlichen in Politik auf Bundes- und Länderebene sowie an alle Beteiligten in der Hochschulpolitik.

Im Einzelnen sehen wir die Notwendigkeit, dass

1. die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland pragmatisch überarbeitet wird. Die Studiengänge müssen flexibilisiert, Masterplatzkapazitäten ausgeweitet, Internationalität gewährleistet und ausreichende Zeitfenster für Auslandssemester eingerichtet werden.
2. die Hochschulen von staatlicher Seite personell und finanziell sachgerecht ausgestattet werden.
3. die Erhebung und Verwendung von Studiengebühren überprüft wird. Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss überwiegend durch den Staat finanziert werden und darf kein Privileg für finanziell Bessergestellte sein.
4. die studentische Mitbestimmung gestärkt wird. Eine Überprüfung der demokratischen

Verfasstheit der hochschuleigenen Gremien und eine geschlechtergerecht besetzte Vertretung sind unerlässlich.

5. Freiräume für ehrenamtliches Engagement geschaffen werden. Um die Vereinbarkeit von Studium und Ehrenamt zu sichern, müssen geeignete Formen gefunden werden.

Zu 1: Bologna-Prozess

Gemessen an ihren eigenen Ansprüchen und Zielen kann die Bologna-Reform mehr als zehn Jahre nach ihrem Inkrafttreten nur als unzureichend bezeichnet werden. Die euphorischen und weit reichenden Veränderungen des europäischen Hochschulraums sind in der Praxis nicht oder nur ungenügend umgesetzt worden. Die 1999 noch fest entschlossenen europäischen Regierungen sehen sich einer Vielzahl von Protesten und harscher Kritik nicht nur seitens der Studierendenschaft ausgesetzt. So mussten sich die Bildungsministerinnen und Bildungsminister im März 2010 der Realität stellen. „Die jüngsten Proteste in einigen Ländern [...] haben uns daran erinnert, dass einige Ziele und Reformen des Bologna-Prozesses nicht richtig umgesetzt und vermittelt wurden.“¹

Doch ein Ausstieg aus der Bologna-Reform kann die Probleme des Hochschulsystems nicht lösen. Allein in Deutschland existieren bereits über 10.000 Studiengänge im neuen System.² Die Förderung der sozialen Dimension der Hochschulen, die Vereinfachung nationaler und internationaler

¹ Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister (2010): Erklärung von Bukarest und Wien zum Europäischen Hochschulraum. 12. März 2010.

² Deutschlandfunk (2010): Hochschulrektorenkonferenz zu Diplomabschlüssen. Margret Wintermantel im Gespräch mit Jörg Biesler. Im Internet: <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/campus/1238962>. Abgerufen am 25.11.2010.

Mobilität, die Stärkung des lebenslangen Lernens auch außerhalb der Hochschulen bleiben auch weiterhin vorrangige Ziele für eine international wettbewerbsfähige Hochschullandschaft in Europa. Diese planmäßig umzusetzen hat der Bologna-Prozess in der vergangenen Dekade nicht zu leisten vermocht. Politik und Hochschulen schieben sich gegenseitig die Verantwortung für die Versäumnisse zu und sind so weitestgehend handlungsunfähig. Um den Status quo zu überwinden, muss der begonnene Prozess konsequent weitergeführt und – wo notwendig – korrigiert werden. Die katholischen Jugendverbände fordern, das Rad nicht zurückzudrehen, sondern konstruktiv und systematisch noch anstehende Probleme anzugehen. Die Umsetzungsdefizite und Koordinationsprobleme, die aus der Eile und der Hast in den ersten Jahren der Reform resultieren, müssen abgestellt werden. Ebenso gilt es die Ursachen für das Kommunikations- und Strukturproblem zu benennen und abzuschalten, das durch die Föderalismusreform und die weitere Verschiebung von Zuständigkeiten auf Länderebene entstanden ist. Studierende, Lehrkräfte und Hochschulen dürfen keine Ziele für Experimente und politischem „guten Willen“ sein. Unter diesen Bedingungen will sich der BDKJ konstruktiv an der Reform des Bologna-Prozesses beteiligen.

Internationalität gewährleisten

Der BDKJ unterstützt die in der Erklärung von Bologna formulierte Absicht, einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Insbesondere das Ziel, die studentische Mobilität zu fördern, gilt es effektiv voranzutreiben. Aus kultureller Perspektive ist das Potenzial für die Stärkung der europäischen Bürgerschaft und der europäischen Integration beachtlich und wertvoll. Die direkte Begegnung und der Austausch unter Studierenden sind nicht nur für die eigene Persönlichkeitsentwicklung wichtig. Sie leisten auch einen wirkungsvollen Beitrag für gegenseitiges kulturelles Verständnis und das Zusammenwachsen Europas. Ein Auslandsaufenthalt während des Studiums erfreut sich weiterhin wachsender Beliebtheit, auch wenn die finanziellen Belastungen immer noch viele Studierende von diesem Schritt

abhalten. Der BDKJ begrüßt, dass immer mehr Studierende ins Ausland gehen, kritisiert aber zugleich, dass dies oft erst im Rahmen eines Masterstudiengangs passiert. Der Bachelor zeigt sich hier noch zu unflexibel. Es muss auch festgestellt werden, dass die Intention, die Mobilität aller Studierenden in Europa zu erhöhen und den Studienplatzwechsel durch das ECTS-System zu vereinfachen, bislang nicht oder nur unvollständig erreicht worden ist. Das Ziel, den europäischen Hochschulraum bis Ende 2010 zu vollenden, ist klar verfehlt worden. Noch immer ist der Alltag geprägt von Anrechnungsschwierigkeiten, unterschiedlichem Aufbau der Studiengänge und mangelndem Wissen über die Entsende- bzw. Gastuniversität. Dies führt für viele Studierende zu Problemen in der Studienplanung und wirkt sich verlängernd auf die Studiendauer aus. Der BDKJ mahnt an, bei der Konzipierung von Studiengängen mehr auf Offenheit statt auf starre Modularisierung zu setzen und Entwicklungen in unseren Nachbarländern im Blick zu halten. Allerdings muss auch zwischen verschiedenen Fachbereichen unterschieden werden. Während Geistes- und Wirtschaftswissenschaftler verstärkt von den Möglichkeiten Gebrauch machen, zeigen Studierende der Ingenieur- und Naturwissenschaften nur eine unterdurchschnittliche Neigung, ins Ausland zu gehen.

Gleiches gilt für die Attraktivität des Hochschulstandortes Deutschland für ausländische Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Hier wurden in den letzten Jahren bereits große Fortschritte gemacht. Im Jahr 2010 waren über 170.000 ausländische Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben und machten damit über 10% der Studierenden aus.³ Sprache und komplizierte Zuwanderungsregeln bleiben ein großes Hemmnis. Der BDKJ plädiert für Deutsch als Unterrichtssprache bei gleichzeitigem Angebot von

³ Augsburg Allgemeine (2010): Ausländische Studenten in Deutschland. Im Internet: http://www.augsburger-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Politik/Artikel,-Auslaendische-Studenten-in-Bayern-_arid,2285546_regid,2_puid,2_pageid,4290.html. Abgerufen am 25.11.2010.

Veranstaltungen in englischer Sprache, sofern die Sicherung von hoher Qualität gewährleistet werden kann. Davon profitieren sowohl deutsche als auch ausländische Studierende. Gleichzeitig sprechen sich die katholischen Jugendverbände für eine unbürokratische Anerkennung im Ausland erworbener, vergleichbarer Studienleistungen und -abschlüsse aus.

Pluralität des deutschen Bildungssystems im Blick behalten

Unabhängigkeit von den grundsätzlichen Chancen eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes sehen wir die Umsetzung des Reformprozesses in Deutschland kritisch. Sie wurde überhastet und unbedacht vorgenommen. Die internationale Diskussion über die Leistungsfähigkeit nationaler Hochschulsysteme verkennt zu oft die spezifische Pluralität des deutschen Systems. „Zu den unbestreitbaren ‚Standort‘-Vorzügen des deutschen Bildungswesens gehört seine Mehrschichtigkeit. Fernhochschulen, Universitäten, Akademien, Volkshochschulen, Fachhochschulen – und mit ihnen verbunden das in sich differenzierte Berufsschulwesen [...].“⁴ Dazu bilden die reinen Forschungsinstitute einen weiteren, besonderen Schwerpunkt der Bildungslandschaft der Bundesrepublik. Diesen Reichtum gilt es richtig zu nutzen und zu erhalten. Daher fordern die katholischen Jugendverbände Bildungs- und Hochschulpolitiker auf, im internationalen Diskurs mit starker Stimme zu sprechen. Zudem gilt es zu vermeiden, dass erfolgreiche duale Ausbildungssysteme und die Qualifizierung gut ausgebildeter Facharbeiter und Facharbeiterinnen durch einen weiteren Ausbau der Studienquoten substituiert werden.

Persönlichkeitsbildung vor Verwertbarkeit

In den heutigen Bachelorstudiengängen steht weniger eine allgemeine wissenschaftliche Ausbildung als eine Reduzierung auf die „Employability“, die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktfähigkeit der Studierenden im Vordergrund. Wir sehen die Prinzipien einer umfassenden Bildung, die zur selbstkritischen

Persönlichkeitsbildung und der Entwicklung individueller Fähigkeiten beiträgt, auf fatale Weise vernachlässigt. Für uns soll Bildung zu kritischem Selbstverständnis, Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit führen. Gleichzeitig soll sie zu stetiger Reflexion über die gesellschaftlichen Gegebenheiten anregen und Verantwortungsbereitschaft für den Mitmenschen und die Eine Welt fördern. Die globalisierte Welt braucht einen „Blick über den Tellerrand“. Bildung darf nicht nur mit den berechnenden Augen ökonomischer Verwertbarkeit gesehen werden, sondern sie muss den Menschen in seiner Ganzheit im Blick haben. Trotz aller sinnvollen Kooperation mit der Wirtschaft darf eine wissenschaftliche Ausbildung und Persönlichkeitsbildung nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Persönlichkeitsbildung fängt da an, wo Verwertbarkeit aufhört.

Masterplatzkriterien überdenken

Die von Studierenden geäußerten Schwierigkeiten, allen voran hohe Arbeitsbelastung, Prüfungs- und Leistungsdruck sowie Konkurrenzverhältnisse unter den Studierenden stehen einem selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lernen entgegen. „Durch die studienbegleitende, permanente Abprüfung von Wissen werden zunehmend Überlebensstrategien prämiert, während selbständiges und kreatives Denken in den Hintergrund rückt.“⁵ Der beängstigend hohe Zulauf der psychologischen Beratungsstellen der Studentenwerke zeigt, dass die Studierbarkeit der neuen Studiengänge in vielen Fällen nicht gegeben ist. Der in vielen Studiengängen herrschende extreme Leistungsdruck wird durch die begründete Angst, keinen Masterstudienplatz zu erhalten, noch verschärft. In vielen Bereichen eröffnen Bachelorabschlüsse nur unsichere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. So sind bei Bachelorabsolventinnen und -absolventen, wenn der Zugang zum Arbeitsmarkt erreicht wird, die Gehaltserwartungen deutlich geringer und befristete Arbeitsverhältnisse wesentlich weiter verbreitet als bei Hochschulabsolventen und -absolventinnen anderer Abschlüsse. Dabei muss

⁴ Görner, Rüdiger (2009): So geistvoll wie die Rechtschreibreform. Bologna und die Bachelorisierung. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 11. Dezember 2009.

⁵ Richard Münch: Bologna oder die Kapitalisierung der Bildung; aus: Blätter für deutsche und europäische Politik, 1/2010, S. 47-54.

aber auch weiterhin erhöhtes Augenmerk darauf gerichtet werden, dass der Bachelor nicht nur eine Zwischenprüfung ist. Bislang enthält er in vielen Studiengängen noch keine ausreichende Berufsqualifikation. Insgesamt streben bisher fast drei Viertel der Bachelorabsolventinnen und -absolventen einen Masterabschluss an. Hier besteht eine eklatante Diskrepanz zu der politischen Zielsetzung, nur für ein Drittel der Bachelorabsolventinnen und -absolventen Masterplätze einzurichten. Je nach Studienrichtung und Bedarf muss die Quotierung jedoch stets ausreichend begründet sein und darf nicht aus reinen Kapazitätsüberlegungen heraus getroffen werden.

Eine absolute Vergleichbarkeit von Studiengängen eines Fachs bundesweit ist ohnehin nicht gegeben und unter dem Ideal einer freien Hochschule auch nicht wünschenswert. Dies führt hinsichtlich der Benotung von gleich lautenden Veranstaltungen zwangsläufig zu einer gewissen Varianz. Problematisch wird es, wenn diese Varianz einen bestimmten Schwellenwert überschreitet, also einige Universitäten wesentlich besser benoten als andere. Zwar soll Bologna die innerdeutsche und internationale Mobilität fördern, doch sollten Studierende aus Sicht des BDKJ nicht zu einem Wechsel gezwungen werden dürfen. Basierend auf diesen Überlegungen fordert der BDKJ von den Hochschulen und den zuständigen übergeordneten Gremien ein, bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber um einen Masterplatz neben der Note auch weitere Kriterien zu berücksichtigen. Zusätzlich kann etwa ehrenamtliches Engagement ohne großen bürokratischen Mehraufwand herangezogen werden.

Die mit der Umstellung einhergehende Einführung des ECT-Systems soll die Vergleichbarkeit des zeitlichen Aufwandes für einzelne Studienleistungen herstellen. Die Praxis zeigt, dass die Vergabe von ECTS-Punkten für einzelne Studienleistungen oftmals unverhältnismäßig vorgenommen wird, und mit dem tatsächlichen Zeitaufwand nicht korrespondiert. Der zeitliche Aufwand ist ohnehin von einer Vielzahl individueller und äußerer Faktoren abhängig (Eigenes Vorwissen und Lerntempo, Anforderungen des Dozierenden, Komplexität des Themas, das nicht immer im Vorhinein absehbar ist). Damit

bedeutet das ECT-System letztlich ein Muster ohne Wert, das an der Realität oft sehr weit vorbei geht. Die Vergabe der ECTS-Punkte verläuft aus Sicht des BDKJ nicht transparent. Oftmals werden das Renommee der Dozierenden sowie die Schwerpunktsetzung der Hochschulen herangezogen.

Eines der Kernziele, die Förderung der studentischen Mobilität innerhalb Deutschlands wie auch ins Ausland, wurde bisher verfehlt. Es ist bisher nicht gelungen, die Anerkennungsverfahren flächendeckend zu vereinfachen und eine signifikante Steigerung der Mobilität im Vergleich zu den alten Studiengängen zu erreichen. Einer der wesentlichen Gründe ist, dass die Studienstrukturen zu straff angelegt sind, sodass die Regelstudienzeit durch Auslandsaufenthalte nicht eingehalten werden kann.⁶

Deshalb fordern wir:

- die Masterplatzkapazitäten den realen Anforderungen anzupassen. Die Mehrzahl der Studierenden strebt aus verschiedenen Gründen einen Masterabschluss an. Hier muss die finanzielle und personelle Ausstattung der Masterstudiengänge deutlich angehoben werden, um dem Bedarf gerecht zu werden. Wer sich bei entsprechender Qualifikation für ein Masterstudium entscheidet, muss auch einen Studienplatz erhalten.
- die Studienverlaufspläne und die Abgabetermine flexibler zu gestalten. Außerdem muss eine sinnvolle Handhabung von Anwesenheitspflichten erreicht werden. Eine Anwesenheitspflicht widerspricht dem Prinzip der Selbstverantwortung im Studium und stellt Studierende mit außeruniversitären Verpflichtungen vor ernsthafte Probleme.
- die Einrichtung ausreichender Zeitfenster zur Förderung der Mobilität sowohl in den Bachelor- als auch in den Masterstudiengängen. Viele praktische Mobilitätshindernisse könnten durch die Angleichung von Semesterbeginn und -ende innerhalb des Bologna-Raums behoben werden. Außerdem müssen gleichwertige

⁶ Vgl. HIS-Studie: Internationale Mobilität im Studium 2009 – Wiederholungsuntersuchung zu studienbezogenen Aufenthalten deutscher Studierender in anderen Ländern (Berlin 2009).

Leistungen, die an anderen Hochschulen erbracht werden, anerkannt werden.

- die Anrechnung von im Ausland erworbenen Leistungsnachweisen zu vereinfachen, die Studienordnungen anzupassen und die Bedingungen für ausländische Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu verbessern.
- die Einbindung der Studierenden in diese Prozesse der Studiengestaltung. Nur so kann die Studierbarkeit der Bachelor- und Masterstudiengänge gewährleistet und die Eigenverantwortlichkeit der Studierenden gestärkt werden.
- mehr gesellschaftliche Anerkennung für den Bachelorabschluss, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.

Zu 2: Hochschulfinanzierung

Das deutsche Bildungssystem leidet unter erheblicher staatlicher Unterfinanzierung. Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP sank in den Jahren 1995 bis 2008 von 6,8% auf 6,2%. Damit liegt Deutschland nicht nur unter dem OECD-Durchschnitt, sondern auch unter den politisch angekündigten Zielen. Im Rahmen der Bildungsfinanzierung ist die Hochschulfinanzierung eine der zentralen Aufgaben des Staates. Diese Situation hat unter den Hochschulen zu einem Wettbewerb um die Generierung zusätzlicher Drittmittel geführt. „An die Stelle einer der Allgemeinheit verpflichteten demokratisch verantworteten Forschung und Lehre ist die ‚unternehmerische Hochschule‘ getreten.“⁷ Mit der Einführung der ‚Exzellenzinitiative‘ erreichte diese Situation eine neue Qualität. Der Wettbewerb um projektbezogene staatliche Fördermittel verändert das über Jahre bewährte, auf dem Prinzip der Gleichheit beruhende deutsche Hochschulsystem. Die bisherige Auswahl der geförderten Hochschulen zeigt zudem, dass ein wirklicher Wettbewerb nicht besteht. Für privatwirtschaftliche Geldgeberinnen und Geldgeber ohnehin interessante Forschungsbereiche und -standorte werden eher

berücksichtigt, wodurch bestehende Qualitätsunterschiede weiter verschärft werden. Wirtschaftlich uninteressante und schlecht „verwertbare“ Studiengänge werden vernachlässigt und stehen oftmals vor dem Aus. So wird eine Spaltung des deutschen Hochschulsystems in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft riskiert.

Deshalb fordern wir:

- die finanzielle, personelle und räumliche Ausstattung der Hochschulen muss eine Aufgabe des Staates bleiben. Der von Bildungsministerin Anette Schavan geforderte Anteil von 10 Prozent des BIP für Bildung muss endlich erreicht werden!

Zu 3: Studienfinanzierung

Das gesamte deutsche Bildungssystem ist von einer sozialen Selektion betroffen, deren Ursprung auch in der finanziellen Situation betroffener Bevölkerungsgruppen liegt. Diese Entwicklung macht vor dem deutschen Hochschulsystem nicht halt, sondern führt sich hier ungemindert fort. Die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt deutlich die Verschärfung des sozialen Ungleichgewichts an den deutschen Hochschulen. Der persönliche finanzielle Hintergrund entscheidet über die Möglichkeit, ein Studium beginnen zu können. Die eigenen Eltern sind mit großem Abstand die häufigste Finanzierungsquelle für Studiengebühren (59%), gefolgt von eigener Erwerbstätigkeit (30%).⁸ Mehr denn je ist die Entscheidung, ein Studium aufzunehmen, durch den eigenen finanziellen Hintergrund beeinflusst. Die Aussicht, zur Aufnahme des Studiums einen Kredit aufnehmen zu müssen und die Angst, schon in jungen Jahren einen Schuldenberg aufzubauen, schreckt junge Menschen von der Aufnahme eines Studiums ab. Das Nationale Stipendienprogramm (NASTIP) als eigenständige Säule der Studienfinanzierung sehen wir mit kritischen Augen. Die Vergabep Praxis des Programms weist eine hohe soziale Diskrepanz auf. Geförderte Stipendiatinnen und Stipendiaten kommen überdurchschnittlich oft aus „gehobenen oder hohen sozialen Kreisen“, nur ca. 9% weisen

⁷ Wolfgang Lieb: Humboldts Begräbnis – Zehn Jahre Bologna-Prozess; aus: Blätter für deutsche und europäische Politik, 6/2009, S. 89-96.

⁸ Vgl.: 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch das HIS Hochschul-Informationssystem. www.sozialerhebung.de (Zugriff: 25.08.2010).

einen „niedrigen sozialen Status“ auf.⁹ Ihrem bildungspolitischen Auftrag, auch sozial-ökonomisch ausgleichend zu wirken, wird die Vergabe von staatlichen Stipendien damit nicht gerecht.

Eine soziale und bedarfsgerechte Unterstützung der Studierenden in der Breite muss weiterhin auf Grundlage des bewährten BAföG erreicht werden. Gerade für Studierende auf dem zweiten Bildungsweg und Studierende mit Kind müssen hier erleichterte Voraussetzungen geschaffen werden. Dementsprechend bewerten wir die Anpassungen der Fördersätze und Freibeträge der letzten Jahre als sinnvoll und notwendig. Die bestehenden komplizierten und undurchsichtigen Antragsverfahren bilden allerdings unnötige Hürden für Studierende, deren Studium von dieser Unterstützung abhängt.

Deshalb fordern wir:

- eine Überprüfung der allgemeinen Studiengebühren. Weiter fordern wir eine Befreiung von Studiengebühren für ehrenamtliches Engagement auch über genuin studentisches Engagement hinaus.
- eine Mitentscheidungskompetenz der Studierenden über die Verwendung der Gebühren.
- dass die finanziellen Mittel des nationalen Stipendienprogramms (NASTIP) in die BAföG-Förderung fließen, wo sie einer weit größeren Zahl an Studierenden zugute kommen. Das NASTIP ist kein gerechtes Mittel zur Studienfinanzierung.
- dass die BAföG-Förderung zur Finanzierung eines Hochschulstudiums für jede/n ausreichend sein muss; daher müssen die Fördersätze und Freibeträge in regelmäßigen Abständen an die Inflationsrate und steigende Lebenshaltungskosten angepasst werden. Sie dürfen nicht so lange stagnieren, bis sie den realen Anforderungen der Studierenden nicht mehr entsprechen.

Zu 4: Studentische Mitbestimmung

Demokratische Strukturen bilden das Fundament unserer Gesellschaftsordnung. Sie müssen auch an

den Hochschulen gefördert und gestärkt werden. Aus diesem Grund sehen wir die aktuelle Entwicklung zu einer verstärkten Außensteuerung der Hochschulen durch die Einsetzung von Hochschulräten mit großer Besorgnis. Die akademische Selbstverwaltung und Hochschulautonomie wird so untergraben. Starke, demokratisch legitimierte Hochschulgremien, in denen die einzelnen Gruppen angemessen vertreten sind, sind zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre unerlässlich. Leider stellen wir fest, dass auch innerhalb der Gremien die demokratische Struktur nicht in ausreichendem Maße gegeben ist. In vielen Fällen ist die Gruppe der Professorinnen und Professoren in den Senaten der Hochschulen zahlenmäßig und bezüglich des Stimmgewichts überlegen. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der übrigen Gruppen, des wissenschaftlichen Dienstes, der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Studierenden begrenzt. Dabei bilden die Studierenden nicht nur die mit weitem Abstand größte Gruppe an den Hochschulen, sondern sind auch von Veränderungen im Lehrangebot und der Studienstruktur direkt betroffen. Als solche müssen sie an deren Gestaltung aktiv teilhaben können. Die derzeitige Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf demokratische Mitbestimmung und tatsächlicher Einflussnahme ist erschreckend. In Deutschland ist die demokratische Organisation und Einflussnahme der Studierenden, mit Ausnahme von Bayern und Baden-Württemberg, über verfasste Studierendenschaften geregelt. Die studentische Vertretung über das Studierendenparlament und den AstA ist für eine selbst verwaltete und demokratisch strukturierte Hochschule unerlässlich.

Deshalb fordern wir:

- die Akzeptanz von Studierenden als gleichberechtigte Mitglieder der Hochschulen. Sie dürfen nicht als bloße Kunden verstanden werden.
- die Stärkung der demokratischen Gremien innerhalb der Hochschulen, um die Außensteuerung der Hochschulen durch externe Hochschulräte zu verhindern. Deshalb muss die studentische Mitbestimmung massiv gestärkt

⁹ Vgl.: Studie „Das soziale Profil in der Begabtenförderung“. HIS-Projektbericht, April 2009.

werden. Der BDKJ hält eine Viertelparität in den Senaten der Hochschulen für erstrebenswert.

- die Einbeziehung der Studierenden in die Qualitätsentwicklung an der gesamten Hochschule wie auch innerhalb der einzelnen Studiengänge.
- die Einführung verfasster Studierendenschaften auch in den Bundesländern, in denen sie bisher nicht bestehen. Als zahlenmäßig größte Gruppe an der Hochschule ist eine starke, einflussreiche, geschlechtergerecht besetzte und gewählte Vertretung der Studierenden unabdingbar, um den eigenen Interessen und Standpunkten Ausdruck zu verleihen.

Zu 5: Ehrenamtliches Engagement und Persönlichkeitsbildung

Für uns als katholische Jugendverbände ist ehrenamtliches Engagement wesentliches und gestaltendes Element.

Die ehrenamtlich organisierte Arbeit ist massiv davon betroffen, dass immer mehr Ehrenamtliche zur Finanzierung des Studiums – insbesondere aufgrund von Studiengebühren und zu geringer BAföG-Unterstützung – zusätzlich arbeiten müssen. Dies geht in der Regel zu Lasten ihres ehrenamtlichen Engagements. Perspektivisch ist damit das Überleben vieler Jugendverbände- und Organisationen gefährdet, da viele Jugendliche mit Studienbeginn die zusätzliche finanzielle Belastung bereits antizipieren und Ehrenämter erst gar nicht übernehmen. Wir sehen, dass an vielen Hochschulen Möglichkeiten geschaffen wurden und werden, ehrenamtliches Engagement in inneruniversitären Gremien wie AStA und Studierendenparlament durch Befreiung von Studiengebühren und die Gewährung von Freisemestern deutlich zu honorieren. Zurzeit ist es jedoch noch nicht üblich, auch außeruniversitäres Engagement entsprechend zu würdigen.

Bildung und Studium sollen und müssen zu mündigen, kritischen und eigenständig denkenden Bürgern und Bürgerinnen erziehen. Auch in Bachelor-Strukturen muss es weiterhin genauso Möglichkeiten in der Auswahl der Studieninhalte geben wie ein ausreichendes Maß an Zeit zu ehrenamtlichem Engagement – sei es in Kirche, Kultur, Politik oder studentischen Initiativen. Der

BDKJ regt an, über die Vergabe von ECTS-Punkten für Engagement von Studierenden außerhalb des Hörsaals nachzudenken.

Ehrenamtliches Engagement nicht nur in der Jugendarbeit ist wesentlich für die Persönlichkeitsbildung, wichtige Instanz des Kompetenzerwerbs für das Berufsleben und Garant für eine dauerhaft aktive, demokratische Bürger(innen)gesellschaft. Es verdient jede Unterstützung.

Viele Studierende der Bachelor-Studiengänge klagen über eine enorme Arbeitsbelastung. Objektiv feststellbar ist, dass die Zahl der Veranstaltungen mit Anwesenheitspflicht zugenommen hat. Hinzu kommt die gestiegene Anzahl von Übungen und Tutorien. Der entscheidende Effekt der Modularisierung ist die gestiegene Prüfungsbelastung der Studierenden. Klausurphasen vor, während und nach dem Semester führen zu einem andauernden Prüfungs- und Leistungsdruck, der den Studierenden die wichtigen Freiräume zur (Selbst-)reflexion und zur eigenständigen Untersuchung von Fragestellungen nimmt. Der BDKJ fordert, dass die Noten aus dem ersten Bachelorsemester nicht mehr in die Abschlussnote einfließen sollen.

Prüfungsleistungen sollen im ersten Semester zwar weiterhin benotet werden, dass Entscheidende soll allerdings das Bestehen sein. So wird Erstsemestern und Erstsemesterinnen ermöglicht, sich zu Studienbeginn, der zumeist auch mit dem Umzug in eine fremde Stadt und somit einem neuen Lebensabschnitt verbunden ist, in ihrem neuen Umfeld zu orientieren und von Anfang an auch die Möglichkeit zu haben, am universitären Leben teilzunehmen.

Fraglich ist, ob und inwieweit sich die tatsächlich in das Studium investierte Zeit durch die Umstellung der Studiengänge verändert hat. Nach Angaben einer im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom Deutschen Studentenwerk¹⁰ durchgeführten Studie hat die Arbeitsbelastung durch die Umstellung der

¹⁰ Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2009. 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Bonn.



Studiengänge zugenommen. Gleichzeitig wenden Studierende aus Bachelor-Studiengängen weniger Zeit zum Selbststudium auf, als Vergleichsgruppen aus den alten Studiengängen.

Deshalb fordern wir:

- die Schaffung von Grundlagen für eine Vereinbarkeit von Studium und Ehrenamt. Dabei sehen wir die Notwendigkeit, dass Grundlagen für solch eine Befreiung geschaffen werden. Diese müssen zum einen das Ehrenamt vor einer Ausnutzung durch Studierende schützen, die es zur Studiengebührenbefreiung und zur Verlängerung von Regelstudienzeiten missbrauchen wollen. Zum anderen müssen sie mit dazu beitragen, dass ehrenamtliches Engagement eine Wertschätzung erfährt, die sowohl das Studium als auch das weitere Wahrnehmen des Ehrenamtes ermöglicht. Um dies konstruktiv zu erarbeiten und die Richtlinien bedarfsgerecht abzustecken, müssen Hochschulen und Organisationen, die auf freiwilliges Engagement angewiesen sind, gemeinsam entsprechende verbindliche Regelungen an den Gesetzgeber herantragen.

Dieses Positionspapier ist Ausdruck unserer Besorgnis um die Bildungssituation an deutschen Hochschulen. Es verdeutlicht unseren Wunsch nach einer freieren, gerechteren, flexibleren Hochschule. Die Hochschulreform muss weiter gehen!